

01) Wo Recht zu Unrecht wird: Über die Genfer Konvention und den Asylmissbrauch

Von Andreas Mölzer

17. 07. 2021



Andreas Mölzer - Foto: Foto-AG Gymnasium Melle, Wikimedia CC BY-SA 3.0,

Just in den Tagen, da es sich zum 70. Male jährt, dass im Juni 1951 die Vereinten Nationen in Genf die Flüchtlingskonvention beschlossen haben, kam es in Deutschland und in Österreich zu tragischen Ereignissen, die zumindest als indirekte Folgen des Missbrauchs dieser Genfer Konvention bezeichnet werden müssen. Im deutschen Würzburg erstach ein Asylant aus Somalia wahllos eine Reihe von Frauen. In Wien wurde ein dreizehnjähriges Mädchen von einer Gruppe junger Afghanen, samt und sonders Asylsuchende, bestialisch vergewaltigt und zu Tode gebracht. Begangen wurden diese grauenhaften Verbrechen von Menschen, die unter Berufung auf die Genfer Konvention und unter Nutzung der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutze vor politischer, rassischer oder religiöser Verfolgung Asyl begehren.

Nun steht absolut außer Zweifel, dass das Gros der Asylsuchenden – aus welchen Teilen der Welt auch immer – keineswegs Gewaltverbrecher wie die beiden genannten Beispiele sind, sondern allenfalls Zuwanderer in unsere Sozialsysteme, und dass viele von ihnen auch ganz reale Fluchtgründe haben, die ihnen das Recht auf Asyl auch tatsächlich gewährleisten müssten. Gewichtige, nicht zu unterdrückende Fragen tun sich dennoch auf Grund der geschilderten Ereignisse auf.

So etwa die Frage, warum es sein kann, dass allein in Österreich rund 45.000 Afghanen leben, die im Zuge ihrer Migrationsbewegung bis hin in die Alpenrepublik mehr als ein Dutzend Staatsgrenzen überwinden mussten, und damit längst eine erkleckliche Anzahl von sicheren Drittländern passierten. Überdies besagen die Dublin-Bestimmungen, dass in der Europäischen Union im ersten EU-Land ein Asylantrag gestellt werden müsste, womit Österreich als inmitten des Kontinents liegend von vornherein ausscheidet. Wie kann es also sein, dass jene 45.000 in Österreich lebenden Afghanen eine ethnische Gruppe darstellen, die ungleich zahlreicher ist als jede der autochthonen Volksgruppen in Österreich, als beispielsweise jene der Kärntner Slowenen, die vielleicht noch zehn- bis zwölftausend Köpfe zählen? Und wie kann es sein, dass von diesen 45.000 Afghanen nahezu 5.000 strafrechtlich auffällig wurden? In überproportionalem Maße durch Gewaltverbrechen und Vergewaltigungen. Letzteres ist wohl nur dadurch erklärbar, dass hier Menschen zuwandern, die aus einem gewalttätigen Kulturkreis kommen, geprägt von einer Religion, in der die Frau nichts zählt, in der Sexualität mit Gewalt verbunden ist und in der junge Männer durch Kriegsergebnisse traumatisiert sind.

Nun besagt die Genfer Konvention, dass man Asylsuchende, auch solche, deren Asylgrund abgelehnt wird, nicht abschieben dürfe in Länder, in denen sie an Leib und Leben gefährdet sind. Für Afghanistan mag dies – insbesondere nunmehr nach dem Abzug der NATO-Truppen – in weiten Teilen zutreffen. Dass aber Menschen, die Asyl mehr oder weniger fern ihrer Heimat suchen, sich das Asylland auswählen können, illegal über andere sichere Drittländer, die vielleicht keine so große Sozialleistungen bieten, reisen, um dann in der Mitte Europas in Österreich und Deutschland Schutz zu suchen, ist unabhängig davon absolut unberechtigt.

Nun hat die grüne Justizministerin noch wenige Tage vor den genannten Gewaltverbrechen gemeint, man müsse die Abschiebungen nach Afghanistan überdenken. Nun, nach der allgemeinen Empörung im Lande über die Vergewaltigung der Dreizehnjährigen, hat man natürlich nun zurückgerudert und allenthalben auch von den grünen Regierungsbänken her erklärt, dass, wer Verbrechen begehe, abgeschoben werden müsse. Und im politischen Konflikt zwischen den beiden Koalitionspartnern, der türkisen ÖVP, vertreten durch den Innenminister, und den Grünen, vertreten durch die Justizministerin, wird darüber gehadert, wer dafür verantwortlich wäre, dass jene afghanischen Vergewaltiger, deren Asylgrund längst erloschen ist, nicht abgeschoben wurden. Deutlich wird dabei, dass der Rechtsstaat, die Asylgesetzgebung und die Handhabung der Asylverfahren zahlreiche Schlupfwinkel bieten, um ablehnende Entscheidungen zu unterlaufen. Zum Skandal wird dies immer erst dann, wenn entsprechende Verbrechen passieren.

Verschwiegen wird auch, dass es in den seltensten Fällen tendenzielle Analphabeten afghanischer Herkunft sind, die hier die Einsprüche erheben und alle juristischen Winkelzüge nützen, sondern dass es weitgehend ultralinke, den Grünen nahestehende Anwälte sind, die hier tätig werden. Diese Anwälte sind es auch, die im Falle der vier Vergewaltiger von Wien-Donaustadt dafür gesorgt haben, dass dieselben noch im Lande sind. Und diese Anwälte werden natürlich auch nicht von ihren afghanischen Klienten bezahlt, sondern von den diversen NGOs, die wiederum den Grünen oder anderen Linksguppierungen nahestehen.

So sind also die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die darauf basierende Asylgesetzgebung im Lande selbst zum Hebel, zur juristischen und moralischen Krücke geworden, um unser Land und wohl auch eine Reihe anderer europäischer Staaten zum Auffangbecken, zur Endstation für echte und vermeintliche Asylsuchende, primär für Zuwanderer in unser Sozialsystem zu machen. Und damit auch zum Ziel krimineller Elemente, Gewalttäter, Drogenhändler und andere Kriminelle. Dass dies nicht generalisiert werden darf, ist klar, geleugnet aber werden kann es auch nicht.

Nun wissen wir, dass die Genfer Konvention vor 70 Jahren unter völlig anderen Umständen von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und primär zur Hilfestellung für Flüchtlinge aus dem kommunistischen Machtbereich gedacht war. Heute hat sie indessen einen quasi-sakralen Charakter angenommen, der nicht mehr hinterfragt werden darf und der auch jede Novellierung und jede Reform auszuschließen versucht. Gerade aber die gegenwärtige weltpolitische Lage und die weltweiten Migrationsbewegungen müssen eine grundlegende Veränderung dieser Flüchtlingskonvention erfordern. Angeblich sind es über 80 Millionen Menschen, die sich gegenwärtig auf der Flucht befinden, davon 20 Millionen nicht im innerstaatlichen Bereich, sondern international. Nahezu 500.000 Menschen haben im vergangenen Jahr in der EU einen Asylantrag gestellt, viele davon aus Syrien und Afghanistan, aus Ländern also, die zweifellos von Krieg und Gewalt geprägt sind, in denen es aber in naher Zukunft möglich sein sollte, friedliche Zustände herzustellen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum das Asylrecht im europäischen Bereich quasi mit einer Einwanderung auf Dauer gleichgesetzt wird. Bei Wegfallen der Asylgründe in den Herkunftsländern müsste das Asylrecht ja erlöschen und eine Rückführung der Betroffenen durchgeführt werden. Sowohl Afghanistan als auch Syrien würden zweifellos junge Männer für den Wiederaufbau benötigen. Allzumal dann, wenn es sich bei diesen jungen Männern um solche handelt, die in ihren europäischen Asylländern eine profunde Ausbildung erhalten haben. Dies wäre ganz reale Entwicklungshilfe der Tat, weit effektiver als jene Millionenzahlungen an Entwicklungshilfe, die zumeist in den Korruptionssümpfen der zu fördernden Länder versickern.

Es stellt sich im Zusammenhang mit den weltweiten Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströmen die weitere Frage, warum etwa Flüchtlinge aus Syrien, also aus einem arabischen, muslimischen Land, nicht etwa bei ihren arabischen Brüdern gleichen Glaubens, etwa in den Golfstaaten oder in Saudi-Arabien aufgenommen werden. Der Schutz gegen Gefahren für Leib und Leben wäre ihnen dort zweifellos auch geboten und die finanziellen Möglichkeiten der genannten arabischen Bruderstaaten sind dem Vernehmen nach ja auch gewaltig. Und auch für Afghanistan lässt sich sagen, dass es eine Reihe von Staaten gäbe, die näher als Europa liegen und friedliche, die Sicherheit gewährleistende Verhältnisse aufweisen. Aber da scheinen eben jene Faktoren eine Rolle spielen, die keineswegs als Asylgründe akzeptiert werden können: Über das Internet – jeder noch so elende Schutzsuchende besitzt eine Handy – wird den zumeist jungen Männern in den Herkunftsländern vorgegaukelt, dass in den EU-Staaten Milch und Honig fließen, dass es schöne und willige Frauen sonder Zahl gäbe, verbunden mit großzügigen Sozialleistungen, Gratiswohnungen, Autos, Partys und Libertinage. Und all das stehe den Migranten gewissermaßen von Gesetzes wegen, eben auf der Basis der Genfer Konvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und des jeweiligen Asylrechts gewissermaßen legitim zu.

Und so erweist sich ein guter Teil der Migrationsbewegungen, insbesondere jener in Richtung Europa, als unseliger Mix zwischen tatsächlicher politischer Repression, militärischer Gewalt, aber auch rein ökonomischen Gründen und überdies absolut hedonistischer Motivation, gewissermaßen auf den Spuren von „Sex, Drugs and

Rock'n'Roll“. Was im allerbesten Falle noch mit dem Bestreben verbunden ist, die über das Asylrecht verbundene Zuwanderung in unsere Sozialsysteme und Wohlstandsgesellschaften zur jeweiligen eigenen Integration und ein Leben in Freiheit und Wohlstand zu nützen.

Die Auflösungserscheinungen, die alle europäischen Nationen durch die Massenmigration der letzten Jahre zu erleiden haben, dürften aber weiterhin zunehmen. Unterstützt von politisch-korrekten Medien und linken politischen Parteien, mehr oder minder hilflos geduldet durch die politischen Kräfte der Mitte und ausgebeutet von hochkriminellen Schlepperorganisationen, organisieren sich ständig neue Migrationsströme. Hinzu kommen die Familienzusammenführung und die höhere Geburtenrate der Zuwanderungsgruppen, was die Relation zur autochthonen Bevölkerung zu sprengen droht. Die Integration der Zuwanderer in eine solcherart geschwächte autochthone Bevölkerung ist schlicht und einfach nicht mehr möglich, stattdessen wird die Anpassung der europäischen Völker an die zahlreichen Zuwanderungs-Parallelgesellschaften gefordert. Eine multiethnische, multikulturelle und multireligiöse Konflikt- und Ghettogesellschaft droht dadurch zu entstehen, die die traditionellen Sozialsysteme sprengt, die wirtschaftliche Produktion untergräbt und den gesamten gesellschaftlichen Frieden gefährdet.

Um sich diesen Entwicklungen nicht widerstandslos zu beugen und sie – die ja zum guten Teil bereits gesellschaftliche Realität sind – doch noch korrigieren, wird man das Asylrecht und damit auch die Zuwanderungsmodalitäten auf neue Grundlagen stellen müssen. Entsprechende Änderungen sowohl der UNO-Flüchtlingskonvention als auch der europäischen Asylgesetzgebung, aber auch des nationalen Rechts, werden zu diesem Zweck notwendig sein. Und nachdem völlig außer Zweifel steht, dass linke Gruppierungen, wie die Grünen und der linke Flügel der Sozialdemokratie, dazu in keiner Weise bereit sein werden, wird dies zwingend eine politische Aufgabe für die Kräfte der Mitte und rechts der Mitte sein. Die Prinzipien einer solchen Neuordnung des Asylrechts und der weltweiten Migrationspolitik werden einerseits internationale Solidarität und andererseits nationale Souveränität sein müssen. Die internationale Solidarität muss sich darauf beziehen, sowohl die sozialen, ökonomischen und politischen Umstände in den Herkunftsländern zu verbessern, als auch darauf, die materielle Unterstützung jener Länder zu gewährleisten, die Asyl geben müssen.

Und Asyl geben können nach den Prinzipien der Genfer Konvention nur Länder, welche die nächsten sicheren der Problemstaaten sind. Überdies betrifft dies innerhalb der EU die Staaten an der EU-Außengrenze, soweit sie an Konfliktregionen angrenzen. Außerdem wäre wohl das dänische Modell nachahmenswert, das außereuropäische Aufnahmezentren favorisiert, in denen die Asylanträge und die Prüfungsverfahren durchgeführt werden müssten, wobei prinzipiell zwischen Asylsuche und einer geordneten Zuwanderungspolitik differenziert werden müsste. Zuwanderung kann es, wie in den klassischen Einwanderungsländern nur kontrolliert, nach den Maßstäben der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der kulturellen Integrationsfähigkeit der betreffenden Menschen geben. Und um in den Genuss der staatsbürgerlichen Rechte des Zuwanderungslandes – also in unserem Falle Österreichs – zu kommen, bedarf es nicht nur der vollständigen Integration in das soziale und das Wertegefüge, sondern auch der Garantie, jenen Generationenvertrag mittragen zu können, der die Basis unseres Sozialsystems ist. Gewiss, unter den gegenwärtig gegebenen rechtlichen und gesamtgesellschaftlichen Umständen stellen diese Reformvorschläge nur so etwas wie völlig illusionäre Wünsche an das Christkind dar. Wenn es aber nicht gelingt, sich zumindest tendenziell politisch in diese Richtung zu bewegen, wenn also die Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte ungebremst weitergehen, kann man nur mit tiefstem Pessimismus in die Zukunft sehen. Die Auflösung unseres

historisch gewachsenen soziokulturellen Gefüges, die ethnische Diversifizierung der europäischen Nationen bis zur Unkenntlichkeit und der Verfall unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit wären wahrscheinlich die zwingende Folge.

Allein: Wo die Gefahr groß ist, wächst das Rettende auch. Wenn die Abwehrkräfte der europäischen Völker, die durch die patriotischen Freiheitsparteien der jeweiligen Länder repräsentiert werden, verstärkt kooperieren und bei den Bürgern und Wählern ihrer Staaten zunehmend Gehör finden, ist dies wohl der einzige Weg, ihre politische Mitte zur Umkehr zu bewegen. Tragische Ereignisse wie die Messerattacken von Würzburg oder die jüngsten Vergewaltigungen in Wien-Donaustadt mögen dazu beitragen, die Menschen, insbesondere aber auch die politisch Verantwortlichen wachzurütteln und auch die dafür politisch Verantwortlichen zu benennen. Wer einen Abschiebestopp nach Afghanistan propagiert, um sich gleich danach, nach den Mehrfachvergewaltigungen, die Hände in Unschuld waschen zu wollen, darf und muss wohl im Bereich solcher Verantwortlichkeit genannt werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

02) D: Die Mehrheit der syrischen Migranten braucht staatliche Unterstützung

Von Zoltán Wittich

18. 07. 2021



Foto: © Bwag / Wikimedia CC-BY-SA-4.0

Fast 66 Prozent der syrischen Flüchtlinge in Deutschland benötigen staatliche Unterstützung, ein deutlich höherer Anteil als andere Flüchtlingsgruppen. Hartz-IV-Arbeitsmarktförderung wird vor allem von Menschen in gering qualifizierten Berufen in Anspruch genommen. Andere Untersuchungen zeigen, dass sich die Mehrheit der syrischen Flüchtlinge in Deutschland wohlfühlt und nicht in ihre Heimat zurückkehren möchte.

Mindestens zwei Drittel der syrischen Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter benötigen teilweise staatliche Unterstützung, so ein Bericht der deutschen Arbeitsmarktagentur vom Juni. Bei den afghanischen Flüchtlingen sind es 43 Prozent, bei den Somaliern 37 Prozent. „Im Bereich der Integration haben wir noch viel zu tun“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mathias Middelberg, in einer Reaktion auf den Bericht und fügte hinzu, man solle mehr für die tun, die schon hier sind, statt die Zuwanderung von Gering- oder Ungelernten zu subventionieren.

Die deutschen Behörden halten Syrien immer noch nicht für ein stabiles Land und nehmen bis heute Asylanträge von dort an. Nach Angaben des UNHCR sind seit 2011 rund 1,1 Millionen Migranten aus Syrien in die EU gekommen, von denen sich etwa 600.000 in Deutschland aufhalten. Syrer haben Anspruch auf staatliche Unterstützung im Rahmen von Hartz IV, die in diesem Jahr auf 446 € pro Person und Monat gestiegen ist, eine Erhöhung um 14 € im Vergleich zum letzten monatlichen Unterstützungsrahmen, der 2016

überarbeitet wurde. Der Ehepartner eines Begünstigten kann 401 € erhalten, während Kinder im Alter von 14–17 Jahren 373 €, Kinder von 6–13 Jahren 309 € und Kinder unter fünf Jahren 283 € erhalten.

Die monatlichen Beträge für alle Kategorien haben sich ab diesem Jahr erhöht, so dass eine fünfköpfige Familie mit einem Kind in jeder dieser Kategorien Anspruch auf 1.812 € pro Monat vom deutschen Staat hat.

Der Zuschuss wird auch dann gezahlt, wenn der Antragsteller zwar arbeitet, aber dennoch unter dem Existenzminimum lebt. Dies wird durch den Arbeitsmarktbericht 2020 bestätigt, der zeigt, dass ein hoher Prozentsatz der syrischen Flüchtlinge Anspruch auf Hartz IV hat, unter anderem aufgrund mangelnder Qualifikationen und niedrigerer Gehaltsstufen. Der Bundestagsabgeordnete René Springer von der oppositionellen Anti-Einwanderungs-Partei AfD sagte, die Zahl der Ausländer im Hartz-IV-Programm sollte auf Null reduziert werden.

- Generell hätten Flüchtlinge im ersten Jahr in Deutschland immer eine hohe Arbeitslosenquote, sagte der Migrations- und Integrationsexperte Panu Poutvaara gegenüber deutschen Zeitungen. Das Ifo-Wirtschaftsforschungsinstitut fügte hinzu, dass viele Flüchtlinge in gering qualifizierten Berufen während des Ausbruchs des Coronavirus ihre Arbeit verloren haben, weil die Arbeitsmöglichkeiten in der Heimat begrenzt waren.

Zehn Jahre nach dem Syrien-Konflikt sieht es nicht so aus, als könnten die Menschen, die aus dem Land fliehen, bald wieder nach Hause zurückkehren. Laut dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) haben in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 10.000 syrische Flüchtlinge internationalen Schutz in der Europäischen Union beantragt – die höchste Zahl seit 2016. Laut einer Anfang des Jahres veröffentlichten Umfrage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sind fast 65 Prozent der im Land lebenden syrischen und eritreischen Flüchtlinge mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden oder sehr zufrieden und nur wenige fühlen sich „sozial isoliert“.

Eine Umfrage unter syrischen Flüchtlingen, die in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden leben, ergab außerdem, dass 66 % der Befragten nicht planen, in naher Zukunft nach Syrien zurückzukehren. Die am häufigsten genannten Gründe waren fehlende Arbeitsmöglichkeiten, Unsicherheit und Wohnungsprobleme. Nach Angaben des EASO waren Ende 2020 137 Syrer aus Dänemark in ihr Land zurückgekehrt, obwohl das skandinavische Land 35.000 im Land lebenden syrischen Flüchtlingen fast 26.000 Euro pro Person angeboten hat.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

03) Über Doppelmoral

17. 07. 2021



Zaun an der Südgrenze Ungarns - *Bildquelle: Magyar Nemzet/Árpád Kurucz*

Die Reaktion der EU auf den Bau von Grenzzäunen durch die Mitgliedsstaaten zur Verhinderung von Migration ist ein weiteres eklatantes Beispiel für Doppelmoral, schreibt Magyar Hírlap-Kolumnistin Mariann Óry

Litauen wird im Jahr 2021 einen Zaun an seiner Grenze bauen, nachdem 1.300 Migranten aus Weißrussland ins Land gekommen sind. Was hat die Europäische Union dazu zu sagen? Mehr Grenzschrützer an der Grenze, während der böse Lukaschenko die EU mit Migranten überschwemmen will! Der plakative Vergleich ist nicht von mir. Der niederländische Journalist Harald Doornbos hat ihn auf Twitter gepostet. Und, unnötig zu sagen, viele teilten ihn. Um einen Nutzer zu zitieren: „Wisst ihr nicht, dass Heuchelei der Standardmodus der EU ist?“ Zweifelsohne ist die Doppelmoral, mit der wir konfrontiert sind, beleidigend.

Die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė kündigte Ende letzter Woche an, dass für 41 Millionen Euro ein Zaun an der Grenze gebaut werden soll, der parallel zum bestehenden Stacheldraht verläuft. Das Ziel ist, wie sie sagte, so schnell wie möglich eine physische Barriere an der gesamten litauisch-weißrussischen Grenze zu errichten.

Die Idee ist zwar nicht originell, wurde aber erst letzte Woche vom ungarischen Außenminister Péter Szijjártó in Litauen diskutiert, und als es um den Migrationsdruck ging, sagte er seinen Partnern: „Es gibt eine Lösung: einen Zaun bauen“.

„Trotz der heftigen Angriffe des liberalen Mainstreams haben wir an unserer Entscheidung festgehalten und die Wellen der illegalen Migration gestoppt“, fügte der Außenminister hinzu. Aber, fügen wir hinzu, die Chancen stehen gut, dass Litauen sich nicht den Zorn der

westlichen liberalen Meinungsterroristen zuzieht. Ihnen bleiben theatralische Aussagen wie „Mauern werden in Europa wieder aufgebaut“ und Nazivorwürfe erspart. Für das Protokoll wünschen wir ihnen nur das Beste.

Migration ist an sich ein sehr aktuelles Thema, da wir mit dem Abflauen der Epidemie weitere Menschenmassen erwarten können. Tatsächlich hat der Druck während der Pandemie nicht viel abgenommen – es gibt reichlich illegalen Verkehr auf allen Routen nach Europa, auch an der ungarischen Grenze.

Das Problem ist nun schon das sechste Jahr in Folge ungelöst. Auf dem letzten EU-Gipfel, wo zwei Stunden lang über das ungarische Kinderschutzgesetz gestritten wurde, wurde dem Thema Migration nur eine Viertelstunde eingeräumt. Ja, das ist jetzt schon eine ganze Weile so. Als ob das Problem nicht schon dringlich genug wäre, kann sich die Situation nach dem Abzug der USA aus Afghanistan und dem erwarteten Wiedererstarben der Taliban nur noch verschärfen.

Man sollte auch nicht daran zweifeln, dass die Pro-Migranten-Lobby mit anderen liberalen Themen vorbelastet ist. So griff beispielsweise die Migrationshilfe in Ungarn, die sich für die Rechte von Migranten einsetzt, am Wochenende auf Facebook das Kinderschutzgesetz an und warf der Regierung vor, zum Hass gegen Homosexuelle aufzustacheln.

„Orbán wird nicht als glorreicher Kriegsherr in die Geschichte eingehen, sondern als ein Politiker, der die ungarische Seele krank gemacht hat. Und wenn wir es zulassen, wird er sie töten“, schließt der Beitrag, der uns mit einer Reihe von Fragen zurücklässt, wie genau das die Rechte von Migranten schützt.

Der Parlamentspräsident László Kövér sagte neulich, dass wir einem erheblichen Maß an Aggression ausgesetzt sind, da die EU eine Distanzierung von der Normalität fordert, die nicht nur den Unmut der Ungarn provoziert, sondern seiner Meinung nach ein Ansatz ist, gegen den sogar die große Mehrheit der Europäer ist.

An diesem Punkt stehen wir jetzt. Wir kommen nicht dazu, die einzelnen Themen auf ihrer jeweiligen Grundlage zu debattieren, weil zum einen die liberalen Meinungsterroristen nicht einmal den Sinn haben, zu debattieren, und zum anderen stehen wir vor einer großen, konzertierten Anstrengung. Das Endziel dieser Anstrengung? Die Zerstörung Europas, versteht sich.

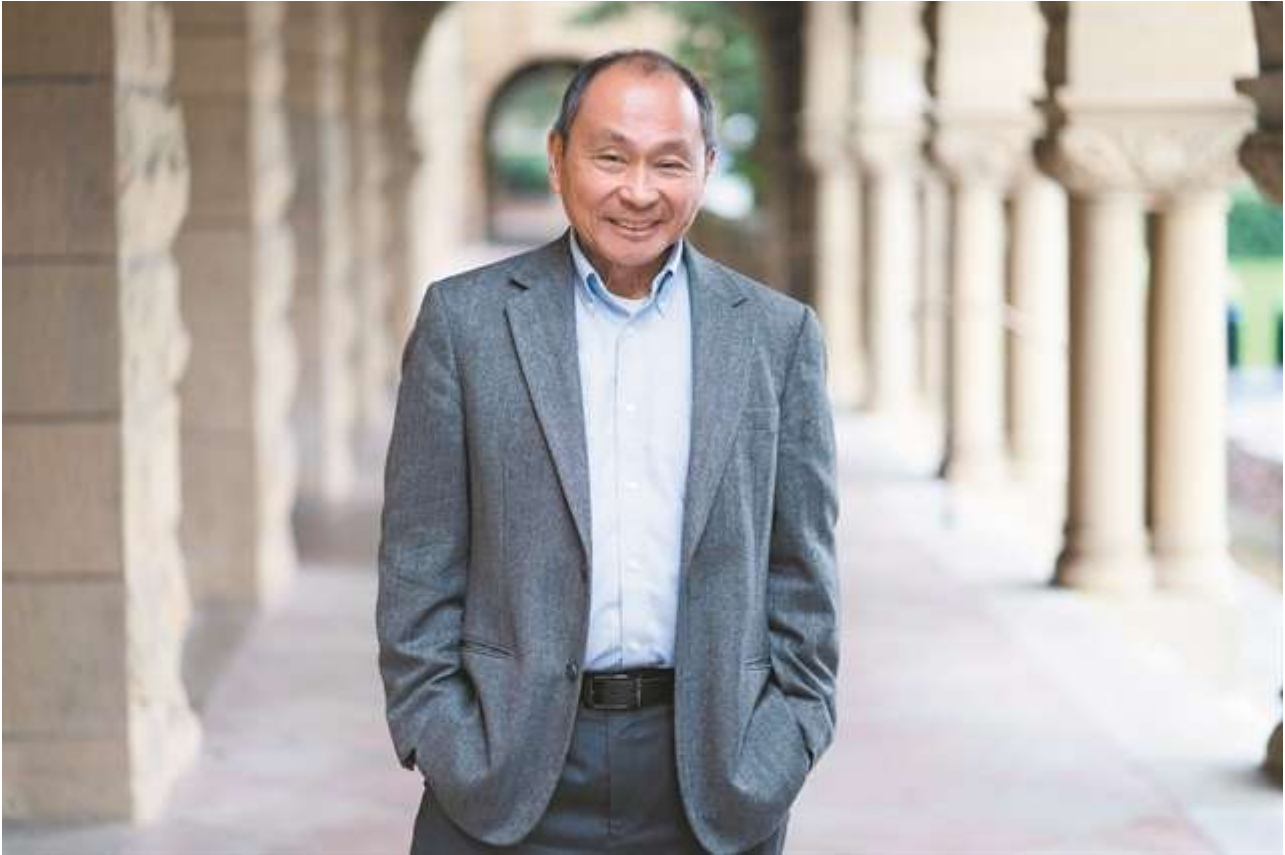
MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Francis Fukuyama: „Die Einwanderung muss aufhören“

15. 07. 2021



Francis Fukuyama · Bildquelle: FDS

Francis Fukuyama, Politikwissenschaftler und Theoretiker des Endes der Geschichte: „Die Europäer werden nicht in der Lage sein, Millionen von Afrikanern zu assimilieren, das ist nicht realistisch... Die Einwanderung muss aufhören“

Einer der berühmtesten politischen Denker Amerikas und Theoretiker des „Endes der Geschichte“, Francis Fukuyama, der 68-jährige Politikwissenschaftler und Professor an der Stanford University, war in Griechenland für einen von *The Economist* organisierten Runden Tisch

Er äußerte seine abweichenden Meinungen zu verschiedenen Themen, wobei er vor allem der Position eines deutschen Politikers, der sagte widersprach, dass die Entwicklung Afrikas ein guter Weg sei, um die Einwanderung zu begrenzen. „Ich glaube nicht, dass das der Fall ist. Zunächst einmal glaube ich nicht, dass Europa zu einem schnellen Wachstum in Afrika führen kann, wie Seibel sagte. Zweitens: Schnelles Wirtschaftswachstum schafft Migration, es begrenzt sie nicht. Diejenigen, die sehr arm sind, migrieren nicht, sie können es sich nicht leisten (...) Ich denke also, dass das Wirtschaftswachstum in Afrika zu größeren Migrationsströmen führen wird.“

Und was ist mit der Einwanderung? Gibt es eine Lösung für dieses Problem? „Niemand hat eine Lösung gefunden“, sagt er und denkt einen Moment lang nach. „Ich habe Angst, wie Matteo Salvini zu klingen, aber die Europäer sollten sich keine Illusionen machen: Sie werden nicht in der Lage sein, Millionen von Afrikanern, die nach Europa einwandern, zu assimilieren. Das ist politisch nicht realistisch.“

Wie würde er also mit dem Problem umgehen? „Ich denke, die Einwanderung muss kontrolliert werden. Der Aufstieg des Populismus ist zum Teil durch die Migrationskrise verursacht worden. Wegen der durch den Bürgerkrieg in Syrien verursachten Ströme. Das hat die Leute schockiert. Wenn Sie offene Grenzen innerhalb von Schengen haben wollen, müssen Sie sichere Außengrenzen haben. Die gibt es in Europa nicht.“ (...)

Quelle: Tanea.gr

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

05) Libyen: Gemeinde Zuwara weist Migranten aus

In Libyen macht die Gemeinde Zuwara Jagd auf Migranten und rechtfertigt ihre Entscheidung mit einer „hohen Kriminalitätsrate“

12. 07. 2021



Dieses Dokument wurde an den Fassaden von Gebäuden angebracht, die von subsaharischen Migranten in Zouara frequentiert werden · *Bildquelle: FDS*

Die Stadt Zuwara hat lokalen Migranten 10 Tage Zeit gegeben, um „ihre Situation zu regeln“ oder mit der Ausweisung aus der Stadt zu rechnen. Die libysche Gemeinde begründet ihre Entscheidung mit einer „hohen Kriminalitätsrate“. In dieser Küstenstadt im Westen Libyens vervielfacht sich die Ankunft von Migranten, die nach Europa weiterreisen wollen.

Die Plakate erschienen Anfang Juli an den Fassaden von Gebäuden, die von subsaharischen Migranten in Zouara, einer Küstenstadt im Westen Libyens, frequentiert werden. „Die Stadtverwaltung von Zuwara kündigt allen Einwohnern der Stadt an, ihre rechtliche Situation ab dem Datum dieser Ankündigung innerhalb von 10 Tagen zu regeln oder die Stadt freiwillig zu verlassen“, heißt es in dem Dokument. Ausgestellt am 1. Juli 2021, fordert es Migranten auf, bis spätestens 10. Juli auszureisen.

Nach diesem Datum werde der Stadtrat einen „umfangreichen Sicherheitsplan“ aufstellen, um die Maßnahme durchzusetzen, heißt es in dem Memorandum weiter.

Die Stadt Zuwara ist bekannt als Abfahrtsort der Boote von Migranten nach Europa. Seit einigen Wochen kommen immer mehr Migranten in der Gegend an, in der Hoffnung, ein Boot zu besteigen und nach Europa überzusetzen.

Quelle: [InfoMigrants](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Mohammed“ wurde aus einer Übersetzung von Dantes Inferno entfernt, um nicht zu „beleidigen“

10. 07. 2021



Dante-Denkmal auf der Piazza Santa Croce in Florenz, Enrico Pazzi (1865) -
Bildquelle: Sputnik

In einer niederländischen Übersetzung von Dantes Göttlichen Komödie wurde die Figur des Mohammed entfernt, der in einem der neun Kreise der Hölle bestraft werden soll. Ein Schritt, der in der Öffentlichkeit nicht unwidersprochen blieb.

Im Zeitalter der „Cancel Culture“ und der Entfernung von Statuen hat ein niederländischer Verlag den Gegnern der „politischen Korrektheit“ gerade neue Argumente geliefert, indem er Dantes „Göttliche Komödie“ purgiert hat.

Der Verlag Blossom Books hat beschlossen, die Figur des Mohammed aus dem Werk des Florentiner Dichters zu entfernen, berichtet die Tageszeitung De Standaard. In der Originalversion wird der Prophet des Islam im achten Kreis der Hölle als „Sämann des Skandals und der Spaltung“ beschrieben, der dazu verdammt ist, mit gespaltener Brust umherzuwandern.

Obwohl die Passage in der niederländischen Übersetzung nicht vollständig entfernt wurde, wurde der Name „Mohammed“ gestrichen. Der Verlag begründet diese Wahl mit dem Wunsch, vor allem jungen Menschen nicht zu beleidigen.

„Wir wollten nicht unnötig beleidigend werden. In Dantes Buch wird Mohammed einem groben und demütigenden Schicksal unterworfen, nur weil er der Gründer des Islam ist. Mit unserer Übersetzungsreihe wollen wir die Klassiker der Literatur auf eine zugängliche und unterhaltsame Weise neuen, vor allem jüngeren Lesern präsentieren“, so Myrthe Spiteri, Direktorin von Blossom Books, gegenüber De Standaard.

„Cancel Culture“ und „sensible Leser“

Diese Redigierung hat in den Niederlanden für Empörung gesorgt. Insbesondere der Auftritt der Übersetzerin Lies Lavrijsen bei Radio 1, die versuchte, ihre Entscheidungen zu rechtfertigen, führte bei vielen Zuhörern zu einer Reaktion.

„Es ist ein unglücklicher Kniefall, um Probleme zu vermeiden, die wahrscheinlich nicht passiert wären. Alle muslimischen Menschen, die darauf reagierten, fanden es peinlich, besonders in dieser Zeit der „Cancel Culture“. Der Verlag muss dies so schnell wie möglich korrigieren“, sagte der Schriftsteller Abdelkader Benali gegenüber De Standaard.

Die literarische Welt ist seit einigen Monaten dieser „Cancel Culture“-Logik unterworfen, und es wurden bereits mehrere Werke retuschiert, um sie besser an die „modernen“ Standards anzupassen.

Letzten Sommer wurde die französische Ausgabe von Agatha Christies „Zehn kleine Negerlein“ in „Ils étaient dix“ („Sie waren zehn“) [umbenannt](#), wiederum um „nicht zu verletzen“, wie der Urenkel der Autorin gegenüber RTL sagte. Auch 2018 wurden einige Stimmen, vor allem unter Feministinnen, gegen „Dornröschen“ laut. Dem Märchen von Charles Perrault wurde vorgeworfen, eine Prinzessin zu zeigen, die ohne Zustimmung geküsst wird. Marlène Schiappa, die damalige Staatssekretärin für die Gleichstellung der Geschlechter, hatte sich darüber hinaus in einem Interview mit France 2 zu diesem Thema geäußert.

In gleicher Weise ist in den Vereinigten Staaten kürzlich der Beruf des „Sensitivitätslesers“ (sensitivity reader) entstanden. Diese von Verlagen angeheuerten Leser sollen Inhalte in Büchern aufspüren, die von einer bestimmten Gemeinschaft als [anstößig](#) empfunden werden können.

Quelle: [Sputnik](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Das Ende der weißen Rasse? Im Jahr 2100 wird jeder dritte Bewohner der Erde dunkelhäutig sein

10. 07. 2021



Foto: APH0risma / flickr public domain

Bis zum Jahr 2100 wird jeder dritte Einwohner der Welt dunkelhäutig sein, und die Bevölkerung Nigerias wird die Chinas übertreffen.

Besorgte Beobachter in Europa und anderswo wissen dies: Die Welt von morgen wird immer weniger weiß und immer mehr afrikanisch sein. Mit allen Mitteln zu versuchen, diesen unwiderstehlichen Trend zu stoppen, ist ein bisschen so, als würde man versuchen, das Meer mit den Armen aufzuhalten. Alle demografischen Prognosen, auch die konservativsten, sind formell: Im Jahr 2100 wird jeder dritte Bewohner des Planeten aus Afrika südlich der Sahara stammen, und Nigeria wird China überholt haben und die zweitgrößte Bevölkerung der Welt sein, gleich hinter Indien.

Bis 2050, in weniger als dreißig Jahren, wird die DR Kongo fast 200 Millionen Einwohner haben (davon 30 Millionen im Ballungsraum Kinshasa!), Abidjan wird 10 Millionen Menschen zählen, und in den vier Sahel-Ländern wird sich die Gesamtbevölkerung verdreifacht haben. Verglichen mit anderen Kontinenten ist dieses Wachstum außergewöhnlich in der Geschichte der Menschheit, sagen Demografen. Zweifellos, vorausgesetzt, sie wird in ihren Kontext gestellt.

Quelle: [Jeune Afrique](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) NGOs und Schlepper bringen abgeschobene Vergewaltiger nach Italien zurück

16. 07. 2021



Bildquelle: VoxNews

Vergewaltiger zahlen 4.000 Euro, um von NGOs nach Italien gebracht zu werden

Die Medien und Politiker erzählen uns, dass es verzweifelte Menschen auf der Flucht sind, die mit den Booten kommen. In Wirklichkeit sind es, neben vielen anderen Kriminellen, auch Vergewaltiger.

Und nicht nur „frische“ potenzielle Verbrecher. Einige waren schon bisher in Italien aktiv.

Vor Monaten verhafteten Polizisten des mobilen Einsatzkommandos und der Einwanderungsbehörde den Ägypter Yasseer Mostafa Abdou Shehawy, 46, in Vollstreckung eines Urteils des Berufungsgerichts wegen sexueller Nötigung in mehreren Fällen, begangen in Ancona zwischen Oktober und November 2008.

Nach Angaben der Polizei war der 46-Jährige am 1. Juli mit dem Schiff „Mare Jonio“ in Italien angekommen und mit 42 weiteren „Kollegen“ im Hafen von Augusta von Bord gegangen. Der illegale Einwanderer war zuvor in Italien wegen sexueller Nötigung zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden.

Kurzum: Vergewaltiger kehren an Bord von NGO-Schiffen nach Italien zurück...

Aber zuerst zahlen sie, um auf die Boote zu kommen. Wie? Lesen wir in einem Bericht von *Il Messagero* vor ca. einem Jahr nach:

Ein großer Teil der „spontanen“ Migrationsströme, d.h. auf kleinen Booten, die sich dem Radar und den Kontrollen entziehen, läuft über soziale Netzwerke. Die neueste ist eine Seite, die scheinbar touristische und kulturelle Informationen über Italien bringt, die aber von der Polizei streng kontrolliert wird, angesichts der Tatsache, dass viele Reisen über die von

diesem Kanal angebotenen Informationen gesteuert werden: „Italy immigration news“, eine Gruppe, die weniger als siebentausend Mitglieder hat. Man tritt dieser Gruppe bei, um Vereinbarungen zu treffen, aber man verlässt sie wieder, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind.

Es gibt Telefonnummern, Abfahrtsorte, Routen, Kosten und in einigen Fällen sogar Angaben, wohin die Überweisungen zu tätigen sind: von 2000 bis 4000 Euro, je nach den zurückzulegenden Strecken. Scrollt man durch die Beiträge, stellt man fest, dass die Leute, die diese Seiten frequentieren, Arabisch und Russisch, teils auch Englisch sprechen.

Innenministerin Luciana Lamorgese schlug wegen dieser „Geister“-Migration Alarm, die in der Covid-Ära fast noch beunruhigender ist als der Terrorismus. Den Daten nach zu urteilen, wurden von insgesamt 9.372 Migranten, die seit Anfang des Jahres an Land gegangen sind, insgesamt 2.372 von NGOs „gerettet“. Also kamen fast 80 % von selbst, teilweise völlig unbemerkt. Solche Abfahrten zu blockieren ist nicht einfach, da die Ströme oft einer anderen Dynamik folgen: Oft sind es kleine Gruppen, die ein Boot kaufen und unerkannt an der italienischen Küste ankommen.

Ein anderes System ist das des sogenannten „Mutterschiffs“. Vor ein paar Jahren entdeckte ein U-Boot der italienischen Marine ein großes Fischerboot, das Migranten auf kleine Boote umlud und dann zurückfuhr. Und im zweiten Bericht, der gestern vom Ständigen Überwachungs- und Analysegremium über das Risiko der Unterwanderung durch das mafiöse organisierte Verbrechen unter dem Vorsitz des stellvertretenden Polizeipräsidenten Vittorio Rizzi vorgelegt wurde, wird betont, dass „die Methode des so genannten „Mutterschiffs“ oder Unterstützungsbootes bestätigt werden kann, die es erlaubt, eine große Anzahl von Migranten an die Küsten heranzuführen, ohne entdeckt zu werden und vor allem, ohne Kontrollen oder der erforderlichen Gesundheitsquarantäne unterzogen zu werden“.

Die meisten Migranten kommen aus Tunesien, aber es gibt auch Gruppen von Libyern, deren Grenze im Moment schwer zu überwachen ist. Aber das ist noch nicht alles, denn – so die Experten – „die bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit der transnationalen kriminellen Organisationen, die in Nordafrika, Griechenland und der Türkei aktiv sind, es schafft, das Geschäft zu kalibrieren: von der Größe der Schiffe bis zur Menge der Lebensmittel an Bord, je nach Rückzug oder Vorrücken der italienischen oder gemeinschaftlichen Interventionseinrichtungen auf See“. [...]

Kurzum, es gibt Vergewaltiger, die dafür bezahlen, auf die Boote zu kommen und die dann von den NGOs nach Italien gebracht werden. Ohne deren Wissen? Wohl kaum...

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Wien: Linksextremist*innen stürmen oe24-Büro, weil TV-Sender Nationalität der Mädchenmörder nannte

10. 07. 2021



Per Megaphon verstärken linke Furien ihre Botschaften in den Räumlichkeiten von oe24.
Bild: Screenshot Video oe24

WIEN – Rund 20 kreischende Weiber linksextremistischer Gruppierungen stürmten diese Woche die Büros der österreichischen Nachrichtenseite „oe24“. Der Grund für den Angriff: Der Sender hatte die Nationalität der Vergewaltiger und Mörder der 13-jährigen Leonie genannt.

Rasende Furien wittern „Sexismus und Rassismus“

Die „Wiener Einsatzgruppe Feministische Alarmabteilung“ WEFA bzw. „Alerta Feminista“ drangen in die Räume der österreichischen Online-Plattform und TV-Senders „oe24“ ein. Sie erreichten über den Müllraum die Werbe-Verkaufsbüros von oe24 und attackierten dort mehrere Mitarbeiterinnen. Der linksextremen Weibergruppe, die sich „Alerta Feminista“ nennt, passte es nicht, dass bei der Berichterstattung über die Vergewaltigung, Misshandlung und Ermordung des 13-jährigen Mädchens Leonie die afghanische Nationalität der mutmaßlichen vier Täter genannt wurde. Das sei in den Augen dieser kranken Gruppierung laut der *Bild-Zeitung* „Sexismus und Rassismus“.

Mädchen überlebte Gruppenvergewaltigung nicht

Die mutmaßlichen Täter hatten nur wenige Tage nach dem dschihadistischen Terror in Würzburg in Wien die gerade einmal 13 Jahre alte Leonie mit Unmengen an Drogen gefügig gemacht und über Stunden brutal vergewaltigt. Das Mädchen überlebte die Tortur nicht und wurde von den kriminellen und mehrfach vorbestraften „Schutzsuchenden“ einfach auf einem Grünstreifen in der Nähe des Tatorts abgelegt.

<https://unser-mittleuropa.com/wien-linksextremistinnen-stuermen-oe24-buero-weil-tv-sender-nationalitaet-der-maedchenmoerder-nannte/>

<https://www.facebook.com/andrew.sawyer.3910829/videos/842082940052118/?t=33>

Quelle: journalistenwatch.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) EU richtet Fonds zur „Entwicklung regulärer Migration“ ein

08. 07. 2021



EU-Parlament beschließt zwei Fonds für Asyl- und Grenzpolitik

- Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds: 9,88 Mrd. € zur Unterstützung der Asyl- und Migrationspolitik
- Fonds für integrierte Grenzverwaltung: 6,24 Mrd. € für die Verwaltung der Außengrenzen unter Wahrung der Grundrechte

Die Mittel sollen helfen, die Migrationsströme zu steuern, die Integration von Drittstaatsangehörigen zu erleichtern und das Grenzmanagement zu verbessern.

Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds 2021–2027 (9,88 Mrd. €) wird die gemeinsame Asylpolitik der EU stärken, die legale Migration im Einklang mit den Bedürfnissen der Mitgliedsstaaten entwickeln, die Integration von Drittstaatsangehörigen unterstützen und zur Bekämpfung der irregulären Migration beitragen. Auf Wunsch des Parlaments soll das Geld auch dazu dienen, die Mitgliedsstaaten dazu zu bewegen, die Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden gerechter in der EU zu verteilen.

Weitere Informationen zu den Zielen, Prioritäten und Haushaltszuweisungen des nächsten AMIF finden Sie in der [Pressemitteilung](#), die nach der Einigung mit dem Rat veröffentlicht wurde.

Mit einem Budget von 6,24 Milliarden Euro für sieben Jahre soll der Integrierte Grenzschutzfonds dazu beitragen, den Schutz der EU-Außengrenzen zu stärken und gleichzeitig die Einhaltung der Grundrechte zu gewährleisten. Der Fonds wird auch zu einer gemeinsamen, harmonisierten Visapolitik beitragen und Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Personen einführen, die in Europa ankommen, insbesondere für unbegleitete Kinder.

Lesen Sie [hier](#) mehr über die Hauptziele des Grenzinstrumentes und die Prioritäten des Parlaments hinsichtlich seiner Umsetzung.

Berichterstatterin Tanja Fajon (S&D, SL) sagte:

„Damit die Solidarität im Zentrum der europäischen Migrations- und Asylpolitik steht, brauchen wir zusätzliche Mittel, um sie zu unterstützen. Die heutige Entscheidung garantiert, dass die EU nicht nur in die Stärkung der Asylsysteme investiert, sondern auch in die faire Verteilung des Migrationsdrucks zwischen den Mitgliedsstaaten.“

Was das Grenzmanagement angeht, so müssen die Grenzen der EU in Zukunft effizient, digital, human und sicher sein. Diese neuen Instrumente garantieren Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Gemeinsam können wir die Grenz-, Visa- und Asylpolitik wieder in Einklang mit unseren Menschenrechtsverpflichtungen bringen, insbesondere mit einer Aufstockung der Mittel für Such- und Rettungsmaßnahmen, um denjenigen zu helfen, die an Europas Grenzen ertrinken. Diese Investitionen werden nicht nur der europäischen Wirtschaft, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommen.“

Nächste Schritte

Nach der Genehmigung werden die Verordnungen über die Fonds im Amtsblatt veröffentlicht. Sie werden dann rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 gelten.

Quelle: [Europarl](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Europa hat keine Ahnung, womit es es zu tun hat“

Von Loretta Tóth

07. 07. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

- 2021 wird voraussichtlich ein Jahr des Übergangs zwischen Notstand und „ungewisser neuer Normalität“ sein

- so behauptet es zumindest die Grenz- und Küstenschutzagentur der Europäischen Union Frontex, die in ihrer kürzlich veröffentlichten Risikoanalyse für dieses Jahr die Auswirkungen der durch die Coronavirus-Epidemie verursachten globalen Trends aufzuzeigen versuchte, und zwar in Bezug auf die Migration. Dem Bericht zufolge wurden im vergangenen Jahr 120.000 illegale Grenzübertritte an den Außengrenzen der Europäischen Union registriert, die niedrigste Zahl seit 2013. Der exponentielle Anstieg der Zahl der illegalen Einwanderer, die bis 2019 in den EU-Mitgliedstaaten ankommen, lässt laut Frontex jedoch vermuten,

dass ohne die Pandemie sich der Migrationsdruck auf dem Kontinent im vergangenen Jahr an den Außengrenzen erhöht hätte.

Die Zahlen und Statistiken, die einen Rückgang der illegalen Grenzübertritte zeigen, können daher nur im Zusammenhang mit der Pandemie interpretiert werden, da sonst die globale Verlangsamung der Migrationsströme zu falschen Schlussfolgerungen führen könnte.

Die Risikoanalyse von Frontex hat auch gezeigt, dass sich die Weltwirtschaft zwar verlangsamt hat, die Schleppernetzwerke aber weiter gewachsen sind: Der Agentur sind fast 9.000 neue Schlepper bekannt, ein Anstieg von 19 Prozent im Vergleich zu 2019, und ein „Nebeneffekt“ der Pandemie ist, dass Impfausweise und Impfstoffe, die auf den Schwarzmarkt geschmuggelt wurden, nun als gefälschte Dokumente im Angebot sind.

Laut der Agentur für Grenz- und Küstenschutz wird dieses Phänomen „bei uns bleiben“, solange es eine Nachfrage nach Coronavirus-Impfstoffen gibt.

Der Bericht sagte auch, dass der Migrationsdruck entlang der östlichen Mittelmeerroute, auf dem westlichen Balkan und „in gewissem Maße an den Landgrenzen Osteuropas“ hoch

bleibt. Unter Berufung auf Schätzungen der Weltbank berichtete Frontex, dass die Pandemie schätzungsweise zwischen 88 Millionen und 115 Millionen Menschen hinterlassen hat, die von extremer Armut betroffen sind oder bald betroffen sein werden. Eine beträchtliche Anzahl von Migranten interessiert sich für europäische Ziele, während viele Teile Afrikas in Zukunft eine schwere Wirtschaftskrise als Folge der Corona-Epidemie erleben könnten. Frontex interpretiert die Bevölkerungszahlen im Zusammenhang mit diesen Trends: 1,1 Milliarden Menschen leben heute allein in Afrika südlich der Sahara.

Der ungarische Sicherheitsexperte György Nógrádi wies darauf hin, dass es wichtig ist zu wissen, dass nur 2,5 Prozent der Bevölkerung auf dem schwarzen Kontinent gegen das Virus geimpft sind.

- Es ist auch eine Tatsache, dass Migranten weiterhin über illegale Routen aus Afrika in die EU kommen. Daraus folgt, dass Europa keine Ahnung hat, womit es es zu tun hat

- erklärte der Experte für Sicherheitspolitik. Laut György Nógrádi kommt Libyen in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Wie der ehemalige Diktator des Landes, Moammer al-Qaddafi, der 2011 gestürzt und ermordet wurde, einmal sagte: „Wenn ich getötet werde, werden Migranten nach Europa strömen. Das Leben hat seine Worte bewiesen. – Am 24. Dezember werden in dem nordafrikanischen Land Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten, doch bisher gab es keine Fortschritte bei der Lösung des Machtvakuumms zwischen General Halifa Haftar, der den Süden und Osten Libyens kontrolliert, und der Einheitsregierung (offiziell Government of National Accord, GNA), die Tripolis kontrolliert, da die Großmächte hinter den gegnerischen Seiten versuchen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Während die Machtverhältnisse in Libyen ungelöst bleiben, ist die Europäische Union dem Migrationsdruck aus Afrika auf dem alten Kontinent nahezu schutzlos ausgeliefert

- erklärte der Experte für Sicherheitspolitik.

Er fügte hinzu, dass in Bezug auf den Migrationsdruck auf Europa aus afrikanischen Ländern zu beachten sei, dass die Bevölkerung des schwarzen Kontinents seit Jahrzehnten, ja sogar Jahrhunderten stabil geblieben sei. Das bedeutet, dass es in jeder Familie acht bis zehn Kinder gab und gibt, von denen aber im Durchschnitt zwei das Erwachsenenalter erreicht haben, was sich aber durch die Gesundheitsreformen stark verändert hat.

- Die größte Bevölkerungsexplosion ist eindeutig im westafrikanischen Niger zu verzeichnen, wo sich die Bevölkerung seit den 1960er Jahren um das 70-fache erhöht hat

- wies György Nógrádi auf die Ursachen der Bevölkerungsabwanderung in afrikanischen Ländern hin.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Die tiefe Dimension der Einwanderung, die Europa nicht versteht, aber Erduldet

Von Lorenzo Bernasconi

02. 07. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Italiens Innenministerin Lamorgese erklärte während einer Anhörung in der Abgeordnetenkammer mit Genugtuung, dass es im Jahr 2020 3.607 Rückführungen von Drittstaatsangehörigen gab, die sich illegal in Italien aufhalten. Die Begeisterung ist schwer zu verstehen, verglichen mit mehr als 43.000 illegalen Einreisen im gleichen Bezugszeitraum (wobei nur diejenigen gezählt wurden, die von der Polizei bei der Ausschiffung oder in Landgrenzgebieten abgefangen wurden; daher ist die tatsächliche Zahl sicherlich höher). Die Zufriedenheit der Ministerin ist noch unerklärlicher, wenn man bedenkt, dass derzeit mehr als 75.000 Einwanderer in den verschiedenen Aufnahmezentren untergebracht sind, die zu der Masse an verzweifelten Menschen hinzukommen, die mehr oder weniger chaotisch auf den Straßen unserer Städte leben.

Es muss jedoch gesagt werden, dass, wenn in Italien der Chef der Viminale sich des Ausmaßes des Problems nicht besonders bewusst zu sein scheint, nicht einmal die EU als Ganzes in dieser Hinsicht durch Weitsichtigkeit zu glänzen scheint: Die Union hat in der Tat beschlossen, alles auf ein Abkommen zur Umverteilung von Einwanderern zu setzen, das als Allheilmittel für alle Übel präsentiert wird, sich aber sofort in einer Debatte verzettelt, in der es nicht möglich ist, ein Gleichgewicht zu finden; die europäische Antwort auf das Migrationsproblem, die oft beschworen, aber nie im Detail definiert wurde, sieht jetzt ein wenig zu sehr nach Becketts Godot aus.

Konfrontiert mit einem demografischen Phänomen epochalen Ausmaßes, das seinen Ursprung in Afrika und Asien hat, dessen Auswirkungen sich aber weltweit bemerkbar machen, verliert sich die Europäische Union in endlosen und ergebnislosen Debatten über Mechanismen, die, wenn sie denn voll einsatzfähig wären, bestenfalls den akzeptablen Umgang mit ein paar Hundert oder Tausend Einwanderern ermöglichen könnten, verglichen mit den zig Millionen Menschen, die bereit sind, durch die Türen Europas zu brechen, anstatt an sie zu klopfen. Die Unfähigkeit der europäischen Politik, sich mit der Realität der Masseneinwanderung zu arrangieren, zeigt sich jetzt in ihrer ganzen Dramatik: Es wäre einfach, diese Entkopplung zwischen Realität und Politik als bloßes Symptom einer gravierenden Unzulänglichkeit der herrschenden Klasse abzutun, und das wird auch oft getan, aber die Wurzel des Problems liegt meiner Meinung nach viel tiefer.

Die Bevölkerungsexplosion der Entwicklungsländer und der daraus resultierende Migrationsdruck auf den Westen im Allgemeinen und auf Europa im Besonderen sind, mit den Worten Schopenhauers, eine direkte Emanation des Willens, d.h. sie sind die unvermeidliche Folge grundlegender biologischer Instinkte und Triebe, wie z.B. des Fortpflanzungstriebes, des Bedürfnisses nach Befriedigung primärer und sekundärer Bedürfnisse, der natürlichen Neigung, ressourcenreichere Gebiete aufzusuchen und sie ohne allzu große Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung zu besetzen. Diese Tendenzen sind in der Pflanzen- und Tierwelt weit verbreitet, und wir Menschen sind da keine Ausnahme, wie die Geschichte reichlich bewiesen hat.

In diesem Sinne haben diejenigen Recht, die behaupten, dass die Migration eine natürliche Tatsache für den Menschen ist; allerdings ist es aus demselben fundamentalen Kern von Instinkten und Trieben heraus ebenso natürlich und nicht weniger legitim, dass in den autochthonen Bevölkerungen Mechanismen des Widerstands und der Ablehnung gegenüber denjenigen entwickelt werden, die im Wesentlichen kommen, um Raum und Ressourcen zu beanspruchen, die, da sie nicht unbegrenzt sind, unweigerlich jemandem weggenommen werden. In Europa jedoch wurden diese Mechanismen des Widerstands dämonisiert und ihnen jegliche Legitimität abgesprochen, indem man jede kritische Sicht auf das Dogma der „Aufnahmepflicht“ aus dem politischen Diskurs ausschloss und es a priori als inhuman und inakzeptabel abstempelte.

Hinter einer solchen ideologischen Entscheidung verbirgt sich meiner Meinung nach auch ein erkenntnistheoretisches Problem: Die im Wesentlichen prärationale, stark biologische Natur des Migrationsphänomens (und insbesondere des Phänomens der Ablehnung desselben) macht es für die europäische Politik und Intelligenz schwer verständlich, die daran gewöhnt ist, die Welt von einem konzeptionellen, „wissenschaftlichen“ Standpunkt aus zu interpretieren, der für uns Europäer seit den griechischen Philosophen typisch ist und auf dem unser außerordentlicher technologischer Fortschritt beruht, der sich aber, obwohl er in vielen Bereichen ein immenses Potenzial gezeigt hat, oft als unzureichend für das Verständnis menschlicher Angelegenheiten erwiesen hat. Im Prozess der Abstraktion oder Konzeptualisierung wird nämlich das, was weder quantifizierbar noch rationalisierbar ist, notwendigerweise ignoriert, was zum Beispiel erklärt, warum selbst der hingebungsvollste Liebhaber auf einer rein rationalen Ebene keinen Grund angeben kann, warum er diese Frau liebt und keine andere. Wie die Liebe gibt es viele andere Phänomene, die sich aufgrund ihrer Natur nicht für ein vollständiges Verständnis auf einer rein begrifflichen Ebene eignen, obwohl sie absolut real sind.

Es sollte auch bedacht werden, dass in dem hermeneutischen Zirkel, der entsteht, wenn wir versuchen, nicht natürliche Ereignisse, sondern menschliche Wechselfälle zu interpretieren, neben unseren Präkognitionen auch unsere emotionale Erfahrung stark ins Spiel kommt, was dazu führen kann, dass wir die „Werkzeuge des Denkens“, nämlich die Konzepte, mehr auf der Grundlage unseres inneren Universums als auf der Grundlage sorgfältiger Beobachtung der Welt schmieden und so am Ende Muster bilden, die eher uns selbst als die Realität widerspiegeln.

So ertappen wir uns dabei, wie wir zwanghaft über „Migranten“ sprechen, ein unglückliches Wort, mit dem wir vorgeben, eine transitorische Phase – wir sind in der Tat für ein paar Tage, Wochen oder Monate Migranten, während wir auf Reisen sind, danach sollten wir von Auswanderern oder Einwanderern sprechen – in eine Art permanenten existenziellen Zustand zu verwandeln, der von Romantik gefärbt und so unaussprechlich ist, dass er an das Heilige grenzt; oder das Wort „Flüchtlinge“ zu missbrauchen und es in ein leeres Etikett zu verwandeln, das für alle gut ist und nichts über die Geschichte, die Identität und die Motive der Menschen aussagt, denen es angehängt wird. Worte und Begriffe, die nicht

beschreiben, sondern im Gegenteil ein Universum von Unterschieden und Gegensätzen zwischen Völkern und Individuen verbergen (auch wenn sie es auf der Ebene der Realität natürlich nicht auslöschen können), die von völlig unterschiedlichen Wegen und Traditionen kommen, die einander oft feindlich gesinnt und unvereinbar sind, die aber auf eine formlose und homogene Masse reduziert werden möchten, eine Menschheit, die auf die einzige Dimension des „Zufluchtsuchenden“ abgeflacht ist.

Ein weiterer Faktor, der zu der Sackgasse beigetragen hat, in der sich die europäische Einwanderungspolitik heute befindet, liegt in dem Menschenbild, das der vorherrschenden Kultur in Westeuropa zugrunde liegt; ich beziehe mich auf jene Anthropologie wirtschaftlicher Ableitung, die den Menschen auf einen hedonistischen Konsumenten reduziert, der mit Rationalität ausgestattet ist, aber mit einer Rationalität, die nur instrumentell ist für die unaufhörliche Suche nach dem besten Kompromiss zwischen der Minimierung von Unbehagen und der Maximierung der eigenen Konsumfähigkeit. Es scheint klar zu sein, dass im Lichte dieses Menschenbildes das Problem der Integration einer sehr hohen Zahl außereuropäischer Einwanderer überhaupt nicht existiert: Gebt ihnen vier Pfennige zum Überleben, einen Smart-TV und ein großes Konzert am ersten Mai (panem et circenses, sagte man früher), und sie werden zu vielen neuen Konsumenten, die von der Masse der einheimischen Konsumenten nicht zu unterscheiden sind.

Der Punkt ist, dass der Mensch nicht nur ein Konsument ist: Der europäische Mensch ist es nicht, so sehr ihn Jahrzehnte der Medienindoktrination und des ungezügelten Konsums auch gezähmt haben mögen, ebenso wenig wie diese Menschen, die aus fernen Ländern gekommen sind. Der Mensch besitzt einen vitalen Kern, der auch aus Idealen besteht, aus tiefen, manchmal zerreißenen Gefühlen, aus Liebe und Hass, aus Konflikten, aus tierischem Instinkt. Er ist komplex, manchmal unberechenbar, er lässt sich nicht auf die Maske eines genussfreudigen Konsumenten reduzieren, eine Art Hybrid zwischen Mills homo oeconomicus und Homer Simpson.

Platon begründete in seiner „Republik“ seine eigene Vision von Politik auf der Idee, dass eine Klasse „aufgeklärter“ Rationalisten, zu der man durch Kooptation Zugang erhielt, die Regierung der Polis übernehmen könnte und sollte, um Ideale der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls zu verfolgen, die für die unteren Bevölkerungsschichten unverständlich waren, die diesen Zustand gelassen hingenommen hätten, indem sie eine nicht demokratisch legitimierte Regierung passiv ertrugen und sich innerhalb der ihnen von der Elite zugewiesenen Grenzen bescheiden verhielten. Alles in allem scheint mir das keine so andere Vision zu sein als die, die sich aus der Haltung vieler europäischer Führer, vor allem derjenigen der Linken, ergibt: Das Volk wird nicht mehr als eine Gruppe von Bürgern gesehen, die kollektiv die Souveränität innehaben (siehe Artikel 1 der italienischen Verfassung), sondern als eine Herde, die willentlich oder unwillentlich in ein Schicksal gelenkt wird, über das sie kein Mitspracherecht hat, weil es von einer „aufgeklärten“ Elite am Tisch geplant wurde, die ihre Legitimität aus Mechanismen der Kooptation und gegenseitigen Anerkennung bezieht und nicht mehr auf der Grundlage eines Konsenses von unten.

Platon zahlte jedoch persönlich den Preis für eine naive Vision des menschlichen Wesens: er ging nach Sizilien, um seine Theorien über die institutionelle Struktur der perfekten Stadt in die Praxis umzusetzen, aber er entdeckte, dass der Mensch nicht allein durch Rationalität lebt und dass Politik auch Konflikt und Krieg ist; er endete im Gefängnis und wurde als Sklave verkauft, nur um glücklicherweise seine Freiheit wiederzuerlangen (und seine Überzeugungen teilweise zu revidieren).

Leider haben sich die Zeiten geändert: Heute werden wir alle am Ende den Preis für die Fehler der europäischen herrschenden Klasse bezahlen.



Lorenzo Bernasconi

Abschluss des Studiums der Philosophie an der Katholischen Universität Mailand, wo er am Lehrstuhl für Geschichte der antiken Philosophie mitarbeitete. Er verbrachte sechs Jahre in Brüssel und arbeitete für das Europäische Parlament. Als er 2018 nach Italien zurückkehrte, war er in der Präsidentschaft des Ministerrats und später als Berater in der Abgeordnetenversammlung tätig.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER